



Hauptausschuss

54. Sitzung (öffentlich)

29. August 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) **3****

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

- Einführungsberichte, soweit Zuständigkeit des Hauptausschusses -

- Einzelplan 01 - Landtag **3****

Ergänzende Erläuterungen (*an die Mitglieder des Hauptausschusses verteilt*)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7400

- Einzelplan 02 - Ministerpräsident** **7**
Vorlagen 14/1966 (ergänzende Erläuterungen) und 14/2024 (einführender Bericht)
- Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für Politische Bildung** **144**
Vorlage 14/2056
- 2 Vereinbarung zwischen den Ländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Land Rheinland-Pfalz zur Auflösung des Staatlichen Heilquellenamtes Bad Ems** **15**
Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Vorlage 14/7306
- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Antrag.
- 3 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage)** **16**
hier: Umzug der Staatskanzlei geplant?
- 4 Verschiedenes** **18**
a) Schreiben der Vorsitzenden der KEK
b) Einladung zu den Feierlichkeiten in Paris am 3. Oktober anlässlich des Tages der deutschen Einheit

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

- Einführungsberichte, soweit Zuständigkeit des Hauptausschusses -

(vom Plenum am 27. August 2008 in Verbindung mit der mittelfristigen Finanzplanung an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie zur Mitberatung an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen)

Einzelplan 01 - Landtag

Ergänzende Erläuterungen *(an die Mitglieder des Hauptausschusses verteilt)*

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7400

Direktor beim Landtag Peter Jeromin führt einleitend aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Entwurf für den Landtagshaushalt 2009 vor, der gegenüber dem Jahr 2008 nur geringfügige Veränderungen enthält. Die meisten Haushaltsansätze sind "überrollt", sprich: gegenüber 2008 nicht verändert worden. Details und ergänzende Hinweise finden Sie im Erläuterungsband, der Ihnen in den letzten Tagen zugegangen ist. In meinem Einführungsbericht will ich mich daher auf wenige strukturelle Aussagen beschränken.

Der Entwurf des Einzelplans 01 sieht ein Gesamtvolumen von rd. 91,5 Millionen € vor. Das bedeutet nominal eine Absenkung von etwa 1 Million € gegenüber dem Jahr 2008. Real steht allerdings aufgrund der veränderten Einnahmen-/Ausgabenregelung beim Catering - auf die ich noch im Einzelnen eingehe - etwas mehr Geld als 2008 zur Verfügung.

Erinnern möchte ich daran, dass der Landtagshaushalt schon in den letzten drei Jahren - 2006, 2007 und 2008 - jeweils abgesenkt wurde.

Ich komme jetzt zu den wesentlichen Veränderungen bzw. Ansatzserhöhungen.

Für eine Anpassung der **Abgeordnetenbezüge** ist im Entwurf eine Veränderung im Umfang von 1 % ausgewiesen.

Falls die Bezüge aufgrund des noch vorzulegenden Angemessenheitsberichtes - dieser wird im Herbst vorgestellt - an die allgemeine Lohnentwicklung angeglichen werden würden, wäre der entsprechende finanzielle Spielraum im Haushaltsentwurf gegeben.

Der Ansatz für die **Gehälter der Abgeordnetenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen** wird um 3 % angehoben. Hier bleibt das Ergebnis des Tarifabschlusses abzuwarten. Sollte das Ergebnis höher ausfallen, sind Reserven für eine Anpassung der Gehälter an den Tarifabschluss vorhanden.

Bei den **Fraktionszuwendungen** ist ebenfalls ein Plus von 3% eingeplant, um Mehrausgaben durch Tarifierhöhungen auch dort abzudecken.

Zum **Personalhaushalt der Landtagsverwaltung** ist zu sagen, dass

wiederum fünf kw-Stellen aufgrund der 1,5%igen Einsparvorgabe

sechs kw-Stellen in den Titelgruppen, d. h. bei den Enquetekommissionen, und

eine kw-Stelle durch die Arbeitszeitverlängerung der tariflich Beschäftigten

entfallen. Wir führen also den Weg zu einer schlanken Verwaltung konsequent weiter.

Ansonsten ist nur noch eine Veränderung von Bedeutung:

Zwei Stellen aus dem Stammhaushalt werden in die Titelgruppe für **Europa- und Föderalismusangelegenheiten** verlagert. Sie sind jetzt nach A 15 ausgewiesen. Der Finanzminister war dafür zur Streichung von zwei kw-Vermerken bereit.

Die Stellen sind für Europaangelegenheiten, insbesondere zur Subsidiaritätskontrolle durch den Landtag, vorgesehen. Da es sich um eine neue Aufgabe handelt, ist die Streichung der kw-Vermerke auch konsequent.

Am Ende schließt der Stellenplan mit einem Minus von 12 Stellen ab und weist 292 Stellen aus. Wir sind damit auf einem guten Weg zum avisierten Ziel eines Personalbestandes von rd. 270 Stellen - besser gesagt: 272 Stellen bei Berücksichtigung der beiden „Europa-Stellen“ - bis Ende 2010.

Zur veränderten Veranschlagungspraxis für unsere **Wirtschaftsbetriebe**:

Im letzten Jahr waren hierfür 1,4 Millionen € an Einnahmen und 1,7 Millionen € an Ausgaben etatisiert. Der neue, seit Anfang des Jahres im Landtag tätige Caterer hat einen geänderten Vertrag bekommen: Wir zahlen jetzt nur noch den saldierten Zuschuss von 0,3 Millionen €. Die Kosten für die Mittagsverpflegung muss er vollständig selber erwirtschaften; für alle übrigen umfangreichen Positionen, die mit dem Parlamentsbetrieb zusammenhängen, erhält der Caterer einen Zuschuss von 300.000 €, der sich aus der Differenz ergibt.

Für das **Gesamtvolumen des Haushalts** bedeutet diese veränderte Veranschlagungspraxis eine Reduzierung der Ausgaben um 1,4 Millionen €. Zusammenge-

rechnet mit anderen Minderbedarfen an anderen Stellen von 700.000 € benötigen wir insgesamt 2,1 Millionen € weniger. Unter Berücksichtigung der genannten Steigerungen für Abgeordnete, Abgeordnetenmitarbeiter und Fraktionen von insgesamt 1,1 Millionen € beträgt der Ausgabenrückgang 1 Million €.

Nach den wesentlichen Punkten des vorliegenden Entwurfs möchte ich eine zwar im Haushaltsentwurf noch nicht ausgewiesene Position ansprechen, für die aber ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen vorliegt. Es geht um das Projekt „**Landtagsanbau**“. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen über den Stand der Vorbereitungsmaßnahmen zu berichten.

Der erwähnte Änderungsantrag - Drucksache 14/7400 - weist den neuen Titel 712 10 "Anbau für das Landtagsgebäude" mit einem Ansatz von 4,6 Millionen € und eine VE von 6,9 Millionen € aus.

Mit der Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts im Herbst 2008 wird eine VE in Höhe von 4,6 Millionen € in den Haushalt 2008 eingestellt, um bereits die ersten Aufträge in diesem Jahr vergeben zu können. Bis dahin wird auch die Haushaltsunterlage Bau gemäß § 24 LHO erarbeitet sein und dem Landesrechnungshof angezeigt werden.

Zum Stand des Projektfortschritts:

Die Genehmigungsplanung wurde inzwischen abgeschlossen. Am 21. August 2008 ist der Bauantrag beim Bauamt der Stadt Düsseldorf eingereicht worden.

Nächste Woche wird im EU-Ausschreibungsblatt eine Vorankündigung der Baumaßnahme veröffentlicht. Die Bauleistung wird nicht an einen Generalunternehmer vergeben, sondern in Fachgewerken ausgeschrieben. Die erste europaweite Ausschreibung wird sich auf das Gewerk Rohbau beziehen und Ende Oktober veröffentlicht.

Die Baukommission des Landtags wird in Kürze ihre Arbeit aufnehmen. Neben den Präsidiumsmitgliedern werden der Kommission Vertreter aller Fraktionen angehören.

Nach dem derzeitigen Stand wird mit dem Bauen im März nächsten Jahres begonnen.

Während der Sommerpause hat der MAGS die Landtagspräsidentin angeschrieben und dringenden Raumbedarf im Bürogebäude Fürstenwall zur Unterbringung des ehemaligen Landesversicherungsamtes und der Stiftung Wohlfahrtspflege angemeldet. Der MAGS wird diese 65 Mitarbeiter bis zur Fertigstellung des Landtagsanbaus Ende 2010 in angemieteten Liegenschaften unterbringen können.

Die Aufträge des Ältestenrates zur Erstellung von Verschattungs- und Lärmgutachten wurden inzwischen abgearbeitet und werden der Baukommission vorgestellt.

Mit der detaillierten Ausführungsplanung der technischen Ausstattung der neuen Büroräume im Anbau wurde begonnen. Die Landtagsverwaltung wird der Bau-

kommission ein Konzept zur Kühlung und Klimatisierung der Büroräume im Anbau vorstellen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Änderungsantrag noch keinen Deckungsvermerk enthält. Im Laufe der Haushaltsberatungen im Herbst muss diese Stelle noch ausgefüllt werden, wobei ich vorsorglich darauf hinweise, dass bei der Formulierung des Antrags allen Beteiligten klar war, dass die Deckung eines solchen Betrages nicht im Einzelplan 01 möglich ist. Hier bedarf es noch einer Abstimmung mit dem Finanzministerium, an welcher Stelle im Einzelplan 20 der Ausgleich herbeigeführt werden kann.

Direktor Peter Jeromin sagt zu, der von **Gabriele Sikora (SPD)** im Zusammenhang mit dem Stichwort „Catering“ vorgetragenen, ihr von Besuchergruppen zu Ohren gekommenen Kritik nachzugehen, anstatt wie früher zwei halbe Brötchen pro Gast gebe es jetzt nur noch eine Hälfte.

Carina Gödecke (SPD) greift dieses Thema als ihres Erachtens sehr wichtig insofern auf, als sich der Landtag gerade in dieser Legislaturperiode stark bemühe, das Haus für Besucherinnen und Besucher attraktiver, verständlicher, transparenter und insbesondere für Jugendliche das Parlamentsleben nachvollziehbarer zu machen und dabei in mittelbarer Konkurrenz mit dem Bundestag stehe, wie sich an Aussagen von Besucher/inne/n, die auf deutliche Unterschiede zwischen beiden Parlamenten hinwiesen, dokumentiere. Dabei sollte der Aspekt, was man den Besuchergruppen neben einem attraktiven Haus und neben der Information biete, schon eine Rolle spielen.

Von daher bitte sie, diesen ganzen Komplex einmal im Ältestenrat zu besprechen, denn - Haushaltsansätze hin oder her -: Wenn man das, was man über bauliche und informationstechnische Möglichkeiten verbessern wolle, durch andere Rahmenbedingungen wieder verschlechtere, gelte es, gemeinsam zu überlegen, ob nicht an der einen oder anderen Stelle ein paar Euro mehr eingesetzt werden müssten, um einen guten und keinen ärmlichen Eindruck zu hinterlassen.

Werner Jostmeier (CDU) teilt diese Auffassung.

Er spreche aber als jemand, der etliche Besuchergruppen einlade, dem Besucherdienst einen großen Dank aus. Es werde alles möglich gemacht, sogar Führungen in Ukrainisch und Arabisch.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Vorlagen 14/1966 (ergänzende Erläuterungen) und 14/2024 (einführender Bericht)

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, berichtet wie folgt:

Der Entwurf des Einzelplans 02 enthält für 2009 Einnahmen in Höhe von 3.774.400 € und ein Ausgabenvolumen von 302.808.300 €. Die Ausgaben steigen damit gegenüber dem Vorjahr im Saldo um rd. 15,5 Millionen €. Der wesentliche Grund für diese Steigerung ist die Realisierung der vierten Tranche der von der Landesregierung beschlossenen Verdoppelung des Kulturförderhaushalts um insgesamt 70,6 € im Laufe dieser Legislaturperiode.

Rechnet man die Kulturausgaben aus dem Einzelplan 02 heraus, erhält man Haushaltszahlen, die mit der Situation vor Aufnahme des Bereichs Kultur in die Staatskanzlei vergleichbar sind. Und wenn man diese Zahlen mit den beantragten Zahlen für 2009 vergleicht, dann ergibt sich eine Absenkung des Bedarfs in diesem „kulturbereinigten“ Teil der Staatskanzlei um 7,8 %. Daraus wird deutlich, dass auch die Staatskanzlei einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes beiträgt.

Dieser Beitrag - Sie kennen alle die Ausgabenstruktur des Hauses sehr genau - ist nur möglich, wenn auch bei den Personalausgaben ein Beitrag erfolgt. Der Personalhaushalt wird deshalb auch 2009 gegenüber 2008 um 1,76 Millionen € abgesenkt, und dies trotz bereits eingerechneter Vorsorge für erwartete Besoldungserhöhungen.

Dahinter steht der Wegfall von 34 Stellen in der Staatskanzlei von 2008 auf 2009. Gestatten Sie mir auch hier einen kurzen Blick zurück auf die Zeit, seit ich die Verantwortung trage: Insgesamt ist seitdem eine Verminderung der Stellen im Einzelplan 02 um 76 zu verzeichnen.

Es gibt neben der schon erwähnten und in der Übersicht auch sehr deutlich erkennbaren Erhöhung betreffend die Kulturförderung einige Felder, auf denen wir Akzente setzen wollen und auf denen wir vor allem durch strukturelle Maßnahmen Erhöhungen realisieren können. Auf sie will ich gesondert eingehen.

Dazu zählt die Steigerung in dem Bereich Medien und Telekommunikation um knapp 1,9 Millionen €. Diese Summe setzt sich zusammen aus

- plus 1 Million € Projektmittel, vorgesehen für die Vergabe in Förderwettbewerben für kleine und mittlere Unternehmen in den Wachstumsbranchen Medien und IKT,
- einem um 120.000 € erhöhten Zuschuss für die Deutsche Welle Akademie, die seit vielen Jahren ein Ausbildungsprogramm für Journalisten und Rundfunktechniker aus Dritte-Welt- und Transformationsländern betreibt und nun als Ergänzung einen Masterstudiengang mit Promotionsmöglichkeiten für diese Zielgruppe anbieten will,

- einer Erhöhung der Ansätze für die Filmstiftung im Sinne der hier auch diskutierten Wettbewerbfähigkeit im Vergleich mit anderen Bundesländern und die Filmschule zur sukzessiven Umrüstung auf aktuelle Digitaltechnik um 511.500 € und
- einer Steigerung verschiedener Ansätze für sonstige Projekte in den Bereichen Film- und Fernsehinfrastruktur sowie TIP Medien um 255.000 €, wobei die förderliche Begleitung der Einrichtung der games.com am Messestandort Köln hervorsteicht.

Einige Anmerkungen noch zu dem Sektor „Europa- und Internationale Angelegenheiten“, auf dem auch einige Akzente gesetzt werden könnten, stimmte das Parlament den Vorschlägen im Haushaltsentwurf zu, die im Einzelnen wie folgt aussehen:

- Erhöhung der Unterstützung der mit viel bürgerschaftlichem Engagement aufgebauten Initiative „Amerika Haus e. V.“ in Köln, einer attraktiven Einrichtung in Nachfolge des von den USA leider nicht weiter betriebenen Amerika-Hauses, um 200.000 €,
- Erhöhung des Ansatzes für das Jugendprogramm mit Israel, welches sich aus in den Einzelplänen der verschiedenen beteiligten Fachressorts etatisierten Fördermitteln speist, um 60.000 € zur Unterstützung der zentralen Koordination der Organisation des Programms und der Tätigkeit des Beirats,
- Erhöhung der Mittel für Sachausgaben für Europadialoge und -fachkonferenzen um 50.000 €,
- Erhöhung der Gelder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Benelux-Raum, und zwar auch zur Nutzung der sich aus dem Abschluss des neuen Benelux-Vertrages im Juli dieses Jahres für das Land ergebenden Chancen, um 120.000 €
- Mittel im Umfang von 102.000 € für flankierende, werbende, informierende Maßnahmen in Begleitung des nicht ganz einfachen Prozesses „Vertrag von Lissabon“ im Europawahljahr 2009

Hinweisen möchte ich noch auf einige Veränderungen in Bezug auf die überregionale Präsentation Nordrhein-Westfalens, als da wären

- die Konsolidierung und Zusammenführung der bisher in mehreren Titeln veranschlagten Mittel für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in dem neu zugechnittenen Ressort von Minister Krautscheid in einem neuen Titel,
- eine zwingend notwendige Erhöhung der Sachmittel für die Landesvertretung Berlin um 278.700 €, um die immer wieder Probleme bereitende Konferenz-Audio-Anlage von der seinerzeit gewählten kabellosen Variante auf erdgebundene Technik umzustellen und die Datenstandleitung von Berlin nach Düsseldorf entsprechend der Gewichtsverlagerung hin zu elektronischen Büroprozessen weiter zu ertüchtigen,

- eine Anpassung der Titelstruktur der Landesvertretung Brüssel an die Titelstruktur der LV Berlin durch in erster Linie Auflösung des früheren Sammeltitels 547 00, der gelegentlich Anlass zu Rückfragen gegeben hat, womit wir einer auch im Hauptausschuss vorgetragenen Anregung folgen.

Aufmerksam machen will ich noch auf einen vielleicht vom Volumen her nicht umwerfenden, aber von der Steigerung her sehr deutlichen und vom Inhaltlichen aus unserer Sicht wichtigen Aspekt: Im Kapitel 02 020, Titel 681 00 wird eine erkennbare Erhöhung der Geldgeschenke, die das Land jungen Eltern bei Mehrlingsgeburten zukommen lässt, vorgeschlagen, da sich der Betrag seit langer Zeit auf einem äußerst niedrigen Niveau bewegt. Wer in jüngerer Zeit Kinder bekommen hat, weiß, welche finanzielle Belastung dies bedeutet. Das Land möchte mit dieser Erhöhung auf 1.000 € pro Kind ein Zeichen setzen und die Anschaffung der Erstausrüstung erleichtern. Diese Aktion führt zu einer Steigerung des Ansatzes um 71.000 € auf dann 100.000 €.

Ilka von Boeselager (CDU) bezeichnet den Haushaltsplanentwurf als sehr ausgewogen und die erreichte Stellenreduzierung um 76 als ebenso äußerst bemerkenswert wie die Fortsetzung der Förderung des sehr wichtigen Komplexes „Kultur“ und die Anhebung des Ansatzes für die Filmstiftung - dies mache den Stellenwert deutlich, den die Landesregierung dem Ganzen beimesse -, ohne bei einer überdimensionalen Aufstockung des Gesamtetats zu enden. Damit gebe die Landesregierung ein gutes Signal und könne den Bürgerinnen und Bürgern den Haushalt als angemessen darstellen.

Wolfram Kuschke (SPD) greift zunächst das Stichwort „**Landesvertretung Brüssel**“ auf und fordert eine schriftliche Abschlussbetrachtung der Baumaßnahme.

Bezüglich des Personalhaushalts interessiere ihn, inwieweit in der Staatskanzlei schon jetzt **Outsourcing** stattgefunden habe bzw. ob die Landesregierung dies plane und, wenn ja, in welchem Umfang.

Im Hinblick auf die Entwicklung bei Ausbringung und Umsetzung von **kw-Vermerken** und **PEM** bestehe weiterer Informationsbedarf.

Im Erläuterungsband spreche die Landesregierung von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Konzentration der **internationalen Arbeit** aus politischen und finanziellen Erwägungen. Für manche der erwähnten Länder (s. S. 35 der Erläuterungen) fänden sich allerdings nicht ohne Weiteres Hinweise auf konkrete Projekte.

Im Rahmen der europäischen Arbeit spiele das **Weimarer Dreieck** eine große Rolle. Hier wüsste er gerne mehr über den Diskussionsstand in Sachen Fortsetzung der Kooperation und darüber, wie eine Kooperation in Zukunft finanziell unterlegt werden müsste.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) spricht als erstes Kapitel 02 010, Titelgruppe 60 - **Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen und für die Zukunftskommission** - mit den diversen Ansatzserhöhun-

gen an. Sie wünsche Auskunft über die konkrete Verausgabung des Geldes in 2008 und über den Erkenntnisgewinn aus dieser umfassenden wissenschaftlichen Beratung.

Weitere Auskünfte für notwendig erachtet die Abgeordnete zur **Entwicklung** des Stellenkegels in den letzten fünf Jahren, zur Zahl der zusätzlichen **Stellen**, zu den Besoldungsgruppen, in denen diese Stellen ausgebracht worden seien, dazu, wo ein Stellenabbau stattgefunden habe und wie sich der Stellenplan in seiner Struktur entwickle.

Eine Gesamtübersicht für die letzten fünf Jahre erwarte sie darüber, welche **Preise, Orden und Auszeichnungen** die Landesregierung verleihe und welche Kosten dadurch entstünden.

Erwähnt habe Staatssekretär Beneke eine **globale Minderausgabe** von rd. 1,8 Millionen €, ohne Angaben zu machen, wo und wie sie erwirtschaftet werden solle.

Carina Gödecke (SPD) bittet die Landesregierung um Ausführungen zu den für die **Landesvertretung Berlin** ausgewiesenen **Mietpreissteigerungen** - Kapitel 02 010, Titel 518 04 -, zu den **Bewirtschaftungskosten** - trotz steigender Energiekosten sei der Ansatz von 2008 überrollt worden -, zu dem Mehr von 40.000 € für „**Veröffentlichungen für Bürgerinnen und Bürger**“ - Kapitel 02 100, Titel 531 20 - zu den Zeitplänen für die Erstellung einer neuen Website, zu dem Mehr von 59.000 € „**Für Aufwendungen zur Durchführung von Veranstaltungen und für die Besucherbetreuung im Bereich der Landesvertretung** - Kapitel 02 100, Titel 541 10 -, wozu es im Erläuterungsband heiße, neben den Flaggschiff-Veranstaltungen gebe es eine Reihe neuer Veranstaltungstypen - hier biete es sich an, den Abgeordneten eine Liste mit den für dieses und das nächste Jahr geplanten Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen; bekanntlich hätten die Abgeordneten ein hohes Interesse daran, an der einen oder anderen Veranstaltung teilzunehmen, abgesehen von all den in diesem Zusammenhang schon einmal im Ältestenrat diskutierten Problemen -, über die durch von Externen in der Landesvertretung durchgeführte Veranstaltungen erzielten Gewinne, die sich ausweislich des Haushaltsansatzes wohl auf einem niedrigen Niveau bewegten, über die gesammelten Erfahrungen - dem Hauptausschuss sei vor ca. eineinhalb Jahren eine umfangreiche Präsentationsmappe der Landesvertretung für die Akquise solcher Veranstaltungen zugeleitet worden - und die Erfolge bei der Einwerbung von Sponsorengeldern für eigene Veranstaltungen.

Claudia Nell-Paul (SPD) erkundigt sich, auf welche Aufgabenfelder sich der **Stellenabbau** erstrecke und welche Felder damit ganz bzw. durch Übertragung mit entsprechendem Personal auf andere Ministerien oder durch Übertragung auf Dritte für die Staatskanzlei entfielen. In Teilen solle von diesem Stellenabbau auch der Kulturbereich betroffen sein.

Gabriele Sikora (SPD) möchte wissen, ob nach dem Rückzug der USA aus der Kulturförderung künftig auch andere Bundesländer „**Amerika-Häuser**“ finanzierten und ob zwischen Landesregierung und dem ursprünglich auf Köln beschränkten Verein

„Amerika Haus e. V. Nordrhein-Westfalen“, der sich nun auf ganz NRW ausdehnen wolle, schon vertragliche Bindungen existierten.

Markus Töns (SPD) bezieht sich auf die Erläuterungen zu dem Kapitel 02 030 - Europa- und Internationale Angelegenheiten -, die ebenso wie die Ansätze im Einzelnen deutlich machten, dass die veranschlagten Mittel entgegen des von der Landesregierung im Jahre 2006 beschlossenen „**Internationalen Konzepts**“ in 2009 aufgrund der begrenzten Haushaltsmittel lediglich eine Pflege der internationalen Beziehungen in einem überschaubaren Rahmen erlaubten. Ihn interessiere die Ausfüllung des Rahmens, auf welche Regionen man sich über die im Erläuterungsband genannten hinaus konzentriere und ob das genannte Konzept eine Fortschreibung erfahren habe.

Werner Jostmeier (CDU) ruft die Kritik seiner Fraktion in den früheren Legislaturperioden an der starken Verringerung der Gelder zur **Förderung konkreter sozialer und mittelständischer Projekte auf internationaler Ebene** ins Gedächtnis und wünscht Auskunft, ob trotz des in den letzten Jahren seit 2005 verstärkten Sparzwangs die Möglichkeit bestehe, konkrete bzw. soziale, sich im europäischen Bereich als förderungswürdig erweisende Projekte, die mit der Bitte um Unterstützung an den Hauptausschuss oder einzelner seiner Mitglieder herangetragen würden, aber nicht zu den Schwerpunkten des Landes im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit gehörten, mit entsprechenden Geldern auszustatten.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, kündigt eine schriftliche Beantwortung der heute offen bleibenden Fragen an und wendet sich dann als erstes dem Komplex „**Baumaßnahme Brüssel**“ zu. Es ständen noch einige kleinere Nachbesserungen am Bau aus, aber ein Schlussbericht könne wohl vorgelegt werden, was die Staatskanzlei auch tun werde.

Eine Liste der in der **Landesvertretung Berlin** geplanten **Veranstaltungen** erhielten die Abgeordneten selbstverständlich, verbunden mit der Hoffnung, Terminkollisionen zumindest bei Themen mit einem sehr starken Landesbezug vermieden zu haben. Ebenso bekämen sie eine Beschreibung der existierenden verschiedenen Veranstaltungsreihen, darunter eine fokussiert auf das Projekt „Kulturhauptstadt 2010“.

Zur Gewinnung von Sponsoren gebe es sehr Positives zu berichten; den Abgeordneten gingen Informationen zu.

Zum **Amerika-Haus**: Baden-Württemberg und Bayern agierten seines Wissens ähnlich wie Nordrhein-Westfalen; Zahlen bezüglich der finanziellen Förderung werde man den Abgeordneten ebenso zuleiten wie die Planungen des Vereins Amerika Haus e. V. mit Sitz in Köln.

Die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen habe sich von dem Verein Amerika Haus e. V. bereits für 2008 genaue Arbeits-, Kosten- und Stellenpläne vorlegen lassen. Die Stadt Köln steige ebenfalls in die Förderung ein. Bedingung der Landesregierung sei, obwohl die privaten Förderer, die erhebliche Mittel aufbrächten, ganz überwiegend

aus Köln stammten, gewesen, dass sich, auch wenn sich die „Homepage“ weiterhin in Köln befinde, die Aktivitäten zukünftig nicht auf Köln beschränken dürften. In diesem Jahr seien seines Wissens bereits Gelder aus dem Landeshaushalt geflossen, aber, da es sich um eine Anlauffinanzierung handele, in deutlich geringerem Umfang. Der Verein arbeite schon, verfüge über Räumlichkeiten und habe einen Referenten oder Geschäftsführer eingestellt.

Zur Förderung von Einzelprojekten auf internationaler Ebene: Manchmal vergehe kein Tag, an dem nicht karitative Organisationen oder Kirchen bäten, in einem mittel- oder südamerikanischen Land, in Afrika etc. eine Partnerschaft mit einer Kirchengemeinde, ein Sozialprojekt oder beispielsweise ein Bildungsprojekt zu unterstützen. Über das Jahr gerechnet addierten sich diese Wünsche auf Tausende. Es bestehe überhaupt keine Möglichkeit, diese - mehr zufällig bis zur Staatskanzlei gelangenden - Projekte in dieser Masse zu bedenken.

Zum einen versuche die Staatskanzlei, sich an die Schwerpunktsetzung im „Internationalen Konzept“ zu halten. Darüber hinaus verfüge sie, allerdings in einem zwangsläufig sehr überschaubaren Rahmen, über die Chance, in Einzelfällen mit Kleinstbeträgen Unterstützung zu gewähren. - Eine Übersicht werde die Staatskanzlei liefern.

Wie sich die **Fortschreibung** des „**Internationalen Konzepts**“ auf den Haushalt abbilde, werde man aufarbeiten.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, äußert sich noch einmal zu dem Stichwort Outsourcing. Von Outsourcing könne man betreffend die **Pforten- und Botendienste** sprechen, weil bisher von Mitarbeitern verrichtete Dienste in Zukunft von externen Firmen übernommen werden sollten. Es handele sich aber lediglich um ein Outsourcing von Aufgaben, nicht von Personen. Diese - sofern sie nicht altersbedingt ohnehin aus dem Dienst ausschieden - würden zukünftig an anderer Stelle in der Staatskanzlei eingesetzt, wobei sie sich in aller Regel verbesserten.

Grund für dieses Outsourcing sei die Tatsache, dass die drei durch das Haus pro Tag benötigten Botengänge sachgerecht und kostengünstiger - die Staatskanzlei lehne allerdings Dumpingangebote ab und lege Wert auf zu vernünftigen Konditionen arbeitende externe Beschäftigte - von Externen als durch Vorhalten eigenen Personals erbracht werden könnten.

Aufgrund eines Schreibens des Personalrates vermengten manche die Angelegenheit „Botengänge“ mit der Situation in der **Druckerei**, in der in Vollzug der Konsequenzen eines von der Landesregierung im Jahre 2000 beauftragten Organisationsgutachtens sechs kw-belastete Stellen entfielen. Sachlich stehe dahinter ein deutlicher Rückgang des Druckbedarfs - Stichwort: Hauptaufgabe Presseschau - aufgrund der Digitalisierung.

Ausführungen zu den Auswirkungen der kw-Realisierung und des PEM erfolgten schriftlich.

Aufschluss über die Aufgliederung der im vergangenen Jahr auf den stolzen Ansatz von 2,225 Millionen € gehieften **Titelgruppe 60** gäben die einzelnen Kapitel. Besonders stark disaggregierte Daten erhalte man durch wiederkehrende Anfragen des

Abgeordneten Töns, der einer seinerzeit vom damaligen Abgeordneten Breuer ausgedachten Abfrage strukturell folge und die Staatskanzlei jedes Jahr damit erfreue. Diese Antwort befinde sich in Vorbereitung. Aus ihr ließen sich die einzelnen Positionen bis zum Vergabeverfahren ablesen.

Zu **Preisen und Auszeichnungen** liefere der Haushalt zwar Auskunft, aber an relativ verstreuten Stellen. Eine Zusammenstellung werde erarbeitet. - **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** kündigt an, eine ebensolche Liste auch in den anderen Fachausschüssen von den anderen Ressorts zu verlangen.

Einige durch den **Wegfall von Stellen** entstehende Lücken würden durch die durch Tarifvertrag verlängerte Arbeitszeit der übrigen Beschäftigten geschlossen. Eine 1:1-Betrachtung „Wegfall der Stelle - Wegfall der Aufgabe“ ginge also fehl. Mit dem Instrument des Personalmanagement lasse sich die eindrucksvoll anmutende Zahl von 76 eingesparten Stellen - dies mache ungefähr 10 % des Gesamtpersonalbestandes aus - in großen Teilen auffangen. Nichtsdestotrotz werde es im Rahmen der im Haus kontinuierlich und organisiert stattfindenden Aufgabenkritik Anpassungen geben; sobald sich diese haushaltsmäßig niederschlugen, werde die Staatskanzlei hier berichten.

Wolfram Kuschke (SPD) wünscht in der nächsten Sitzung Auskunft zum bisherigen Verlauf der Wettbewerbsverfahren in Sachen „**Förderwettbewerbe** in den Clustern **Medien und Informations- bzw. Telekommunikationstechnologien**“, versehen mit einem Ansatz von 1 Million €

Nicht kritisieren wolle die SPD-Fraktion die auch schon in der Vergangenheit praktizierte Aufgabenvergabe an Dritte. Aber als entscheidend werte sie es, ob im jeweiligen Einzelfall mit einer solchen **Verlagerung der Aufgabenerfüllung** auch die Informations-, Kontroll- und Beteiligungsrechte des Parlaments dahinschwänden. Übertrage man beispielsweise Aufgaben aus dem Kulturbereich auf Kultursekretariate, wirke sich dies sehr wohl wie beschrieben aus.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, teilt in Bezug auf den jetzt gestarteten **Wettbewerb** betreffend den Sektor „**Medien**“ mit, man habe allen Jurymitgliedern bzw. Teilnehmern vor Aufnahme ihrer Tätigkeit sehr klar die Rahmenbedingungen im Hinblick auf den Ausschluss von Interessenkonflikten dargelegt.

Was den laufenden Wettbewerb zu den Informations- und Telekommunikationstechnologien anbelange, habe er freundlich aber bestimmt zwei Jurymitgliedern, die - so das Ergebnis einer Überprüfung durch die Staatskanzlei - durch Verbandlung mit Instituten, Forschungseinrichtungen etc. eventuell in Interessenkollisionen geraten könnten, die Option eröffnet, Jurymitglied zu bleiben und im Gegenzug Anträge zurückzuziehen oder als Jurymitglied auszuscheiden. Beide hätten die letzte Alternative gewählt.

Einzelplan 15 - (nur) Landeszentrale für Politische Bildung

Vorlage 14/2056

(Der einleitende Bericht des stellvertretenden Leiters der Landeszentrale für Politische Bildung, Prof. Dr. Kost, ist der o. g. Vorlage zu entnehmen.)

Nach den Worten von **Wolfram Kuschke (SPD)** behält sich die SPD-Fraktion vor, vor dem Hintergrund der drei im Jahre 2009 anstehenden Wahlen und der Landtagswahl im Jahre 2010 in der nächsten Sitzung, falls eine nähere Befassung mit der Höhe der Veranschlagungen für die Arbeit der Landeszentrale auf dem Feld der Aufklärung über den Rechtsextremismus dazu Anlass gäbe, Anmerkungen zu machen.